

Protokoll

der 7. Sitzung des Gewerkschaftsausschusses in
Verbindung mit der Geschäftsleitung der Sozial-
demokratischen Partei und dem Aktionskomitee

Mittwoch, 7. und Donnerstag, 8. August 1918
im Volkshaus in Bern



Traktanden:

1. Appell;
2. Bureauwahl;
3. Stellungnahme zur Antwort des Bundesrates
auf die Forderungen des Arbeiterkongresses
vom 22. Juli.

Beginn 11 Uhr vormittags.

Der Appell ergibt mässigen Besuch der Konferenz.
Das Aktionskomitee ist vollzählig. Die Leitung über-
nimmt das Bureau des Aktionskomitees.

Grimm referiert über den Stand der Verhand-
lungen. Er weist darauf hin, dass nach dem Beschluss
des Arbeiterkongresses, die heutige Konferenz end-
gültig zu beschliessen habe.

In den Verhandlungen mit dem Bundesrat hätten
Punkt 1 und 2 formell nicht zum Erfolg geführt. In
der Sache seien aber solche Zusicherungen gegeben
worden, dass wir in der Hauptsache befriedigt sind.

Besonders wichtig sei das Wohnungsproblem, indem der Bund diese Aufgabe ganz den Gemeinden überbinden wollte und nun doch zugestanden hat, finanzielle Hilfe zu leisten.

Wichtig sei auch das Zugeständnis in bezug auf die Errichtung einer Bezugsstelle für Hausbrandkohle.

Die Vorschussfrage des eidgenössischen Personals ist erledigt. Strittig ist noch die Nachsteuerungszulage. In dieser Frage findet morgen eine Konferenz mit Bundesrat Motta statt, deren Ergebnis die Konferenz abwarten sollte, ehe sie einen Beschluss fasst.

Es erhebe sich die Frage, ob die noch bestehenden Differenzpunkte den Generalstreik geraten erscheinen lassen. Die Konferenz des Föderativverbandes hat sich dahin ausgesprochen, dass dies nicht der Fall sei. Man hoffe, in bezug auf die Nachsteuerungszulage in der morgen stattfindenden Konferenz mit dem Bundesrat noch einige Konzessionen zu erreichen.

Die Resolution des Föderativverbandes erwecke zwar den Anschein einer entschlossenen Stimmung, sie sei aber mehr auf die Wirkung nach aussen berechnet.

Das Aktionskomitee beantrage, den Entscheid bis morgen nachmittag auszusetzen, damit die Verhandlungen in der Frage der Nachsteuerungszulage noch unter Druck stattfinden können.

Huggler unterstützt den Antrag. Vielleicht wäre es auch möglich, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung noch präzisere Zugeständnisse zu erlangen.

Der Wert der bisherigen Konzessionen sei davon abhängig, dass der Zusammenhang zwischen den Organisationen aufrechterhalten werde, damit wir stets kampfbereit seien.

Soland wundert sich, dass bisher noch kein Eisenbahnvertreter über die Verhandlungen des Föderativverbandes in Basel Auskunft gegeben hat. Die Frage der Arbeitszeit sei brennend, insbesondere für das Rangierpersonal, das den schwersten Dienst habe.

Düby gibt Auskunft über das Zustandekommen der Konferenz mit Motta, über das eine Zeitungs-

polemik geführt worden ist. Demnach wurde sie bereits vereinbart, ehe das Aktionskomitee die Forderungen der Eisenbahner übernommen hat. Weiter führt er aus, dass die Arbeitszeit der Eisenbahner im Gegensatz zu der Privatindustrie vom Gesetz abhängig sei und der Kampf um die Verkürzung im Parlament ausgefochten werden müsse, wie dies unsern demokratischen Institutionen entspreche. Es seien, veranlasst durch die Kriegsverhältnisse, bereits namhafte Verkürzungen zugestanden worden. Anders sei dies speziell in Olten, wo vielleicht die lokalen Organisationen zu wenig getan hätten.

Die Eisenbahner machen gegenwärtig eine gesunde, innere Krisis durch, und es sei zu erwarten, dass der Ring bald geschlossen sei.

Rosa Bloch übt Kritik an der gegenwärtigen Versorgung mit Lebensmitteln und schlägt vor, noch einige neue Forderungen aufzunehmen.

Grimm wendet sich dagegen, da es nicht angehe, mitten in der Aktion sich mit neuen Fragen zu befassen, er schlägt eine gesonderte Sitzung zur Behandlung dieser Angelegenheit zuhanden der Notstandskommission vor.

Bobst: Unsere Auffassung am Basler Kongress hat sich als richtig erwiesen. Der Bundesrat hat ein paar Konzessionen gemacht und nun sollen wir noch einen Tag als Dekorum dienen. Der Generalstreik ist unmöglich, weil wir dem Gegner zu viel Zeit gelassen haben. Ich stimme daher dem Antrag des Aktionskomitees zu.

Redner kritisiert weiter die Zugeständnisse des Bundesrats.

Platten: Die Taktik des Aktionskomitees musste zu dem Enderfolg führen, den wir haben. Sie war beeinflusst durch die Eisenbahner, weil es auf sie ankam. Weiter zu gehen, als wir gegangen sind, war ein « va banque-Spiel ».

Für die Zukunft wird uns ein eingehendes Studium der aufgeworfenen Fragen nicht erspart bleiben.

Schneider: Für das weitere Verhalten ist die bundesrätliche Antwort massgebend. Diese ist zum Teil ganz unbefriedigend. Der Bundesrat hätte weiter gehen können. Am Achtstundentag konnten wir nicht nach Beschluss festhalten. Die noch ausstehenden Forderungen reichen zur Auslösung eines Generalstreiks nicht aus.

Kopp: Es bleibt wohl nichts anderes übrig, als dem Antrag des Aktionskomitees zuzustimmen. Zwischen der ersten und zweiten Antwort des Bundesrats sei in Wahrheit kein grosser Unterschied herauszufinden. Es seien in der Hauptsache nur Versprechen. Wenn etwas erreicht wurde, so ist es nur unter dem Druck der Zürcher geschehen, die immer vorwärtsgedrängt haben. Redner kritisiert ferner die Notstandsaktion.

Greulich: Es ist behauptet worden, man hätte mit Kampf mehr erreicht. Das ist eine unbewiesene Behauptung. Wir täuschen uns über unsere Machtstellung und die Gegner in der Regel auch.

Man solle nun zunächst die Tätigkeit des Ernährungsamtes abwarten. Die Neuregelung der Rationierung von Monopolwaren ist in Behandlung.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung von Lohnämtern sei dem Arbeitersekretariat überwiesen worden. Er halte dafür, dass sie zuerst in den Gewerben mit den schlechtesten Löhnen anzustreben seien.

Grimm gibt noch ein Resümee der Vorgänge während der ganzen Bewegung.

Der Antrag des Aktionskomitees wird einstimmig angenommen.

Weiter wird beschlossen, die Notstandsfragen in einer besondern Sitzung am Nachmittag zu behandeln.

Schluss der Sitzung 1 Uhr mittags.

Fortsetzung Donnerstag den 8. August, nachmittags 3 Uhr.

Der Präsident *Grimm* eröffnet die Sitzung bei schwachem Besuch. Es sind vertreten: 15 Verbände

mit 19 Delegierten, das Bundeskomitee, die Geschäftsleitung und das Aktionskomitee.

Grimm berichtet über die Verhandlungen mit Bundesrat Motta. Die Auseinandersetzungen hätten zwei Varianten für die Ausrichtung der Nachteileerungszulage ergeben, von denen Herr Motta eine dem Bundesrat zuhanden der Bundesversammlung vorschlagen wolle:

1. Teuerungszulage für Ledige 450 Fr., Verheiratete 600 Fr., oder Ledige und Verheiratete je 500 Fr. nebst einer Kinderzulage von 50 % der bisherigen. Der zweite Vorschlag wurde von der Kommission in einer Separatbesprechung akzeptiert und dem Bundesrat davon Kenntnis gegeben. In der Vorschussfrage waren weitere Zugeständnisse nicht zu erreichen.

So wie die Dinge liegen, ist es nun gegeben, die Bewegung abzuschliessen, und zwar unter ständiger Kampfbereitschaft.

Rosa Bloch: Materiell sei, mit Ausnahme der Eisenbahner, für die Arbeiter wenig herausgekommen. Mit all diesen Forderungen sei den Zürchern wenig geholfen.

Soland: Insbesondere in den Eisenbahnerkreisen müsse dahin gewirkt werden, dass wir gerüstet sind.

Ilg: Die Situation kennen wir so gut wie Genossin Bloch. Wer behauptet, es sei nichts erreicht worden, gräbt unserer Agitation das Wasser ab. Wir werden die Bewegung auf die eine oder andere Art zum Abschluss bringen müssen.

Nach weitem Bemerkungen von *Allgöwer* und *Greulich* wird beschlossen, die Bewegung als erledigt zu betrachten. Das Aktionskomitee wird eingeladen die Arbeiterschaft in geeigneter Weise aufzuklären.

Schluss der Sitzung 4 Uhr.

Der Protokollführer:
Karl Dürr.